



PRESEMITTEILUNG – Initiative Lieferkettengesetz

Aldi, ING DiBa, HeidelbergCement: Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung bei Auslandsgeschäften deutscher Unternehmen

Berlin, 09.12.2020. Bei den Auslandsgeschäften der deutschen Unternehmen Aldi, ING DiBa und HeidelbergCement kommt es zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung. Das zeigt die aktuelle Recherche „Von Bananen bis Bauxit“, die das Bündnis „Initiative Lieferkettengesetz“ anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte veröffentlicht hat. „Egal ob es um Bananen, Bauxit oder Zement geht: Es ist nicht länger hinnehmbar, dass deutsche Unternehmen für ihre Gewinne Schäden an Menschen und Umwelt in Kauf nehmen. Die Bundesregierung muss dem endlich einen Riegel vorschieben und mit einem wirksamen Lieferkettengesetz den Koalitionsvertrag erfüllen“, fordert Johanna Kusch, Sprecherin der Initiative Lieferkettengesetz.

Die Veröffentlichung zeigt unter anderem, dass die Einkaufspreise für Bananen in den letzten Jahren so stark gefallen sind, dass viele kleine und mittlere Produzent*innen in Ecuador aufgeben mussten. Eine aktuelle Ankündigung von Aldi, den Einkaufspreis für eine Kiste

Bananen für das Jahr 2021 von 12,41 Euro auf 11,33 Euro zu senken, verschärft die Situation weiter. *„Mit einem wirksamen Lieferkettengesetz müsste Aldi untersuchen, welche Auswirkungen die eigene Einkaufspolitik auf Menschenrechte und Umweltstandards vor Ort hat – und dann angemessen darauf reagieren. Einkaufspreise, die einen existenzsichernden Lohn für die Menschen in den Anbauländern ermöglichen, gehören da eindeutig dazu“*, betont Frank Braßel, Leiter Bereich Politik und Kampagnen bei Oxfam Deutschland.

Die heute veröffentlichte Recherche stellt außerdem einen Zusammenhang zwischen der Bank ING DiBa und Menschenrechtsverletzungen in Guinea her: Die deutsche Direktbank ist mit einem Millionenkredit am Ausbau einer Bauxit-Mine in dem westafrikanischen Land beteiligt, bei dem es zu Zwangsumsiedelungen und der Verschmutzung lokaler Gewässer kommt. *„Der Bauxit-Abbau zerstört die Lebensgrundlage der Menschen vor Ort“* kritisiert Gertrud Falk, Menschenrechtsreferentin bei FIAN Deutschland. *„Durch ihren Kredit ist die ING DiBa dafür mitverantwortlich – dabei hat sie sich selbst zu Umwelt- und Sozialstandards verpflichtet. Das zeigt wieder einmal: Selbstverpflichtungen von Unternehmen sind oft das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Deshalb brauchen wir endlich gesetzlich festgeschriebene Sorgfaltspflichten!“*

In einem dritten Beispiel kritisiert die Initiative Lieferkettengesetz die Pläne des deutschen Unternehmens HeidelbergCement, einem der größten Zementhersteller der Welt, eine Kalksteinmine und ein Zementwerk auf Java in Indonesien zu errichten. *„Wenn das Projekt so umgesetzt wird, gefährdet es das Ökosystem der gesamten Region. Den Menschen droht die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Das zeigt: Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen gehen oft Hand in Hand. Ein Lieferkettengesetz muss unbedingt beides abdecken“*, fordert Klaus Schilder, Experte für Asienpolitik bei Misereor.

Die Initiative Lieferkettengesetz ist ein Zusammenschluss von 118 zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter Oxfam Deutschland, FIAN, PowerShift und Misereor sowie zahlreichen weiteren Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen sowie Gewerkschaften und kirchlichen Akteuren. Das Bündnis fordert von der Bundesregierung, in Deutschland tätige Unternehmen per Gesetz zu verpflichten, entlang ihrer Lieferketten menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten einzuhalten.

Weiterführende Informationen:

- Die Recherche „Von Bananen bis Bauxit: Wie deutsche Unternehmen im Ausland Menschenrechte und Umweltschutz missachten“ finden Sie hier: <https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2020/12/Initiative-Lieferkettengesetz-Von-Bananen-bis-Bauxit.pdf>

Kontakt:

- **Johannes Heeg, Sprecher „Initiative Lieferkettengesetz“:** Tel.: 0151-10611346, E-Mail: presse@lieferkettengesetz.de
- **Zum Fall Aldi/Bananen:** Annika Zieske, Pressereferentin Oxfam Deutschland, Tel.: 0174-3191933 E-Mail: azieske@oxfam.de

- **Zum Fall ING DiBa/Bauxit:** Constantin Bittner, Referent für Rohstoffpolitik bei PowerShift, Tel.: 0152-28463078, E-Mail: constantin.bittner@power-shift.de und Gertrud Falk, FIAN Deutschland: Tel.: 0221-47 44 91-15, E-Mail: g.falk@fian.de
- **Zum Fall HeidelbergCement/Zement:** Barbara Wiegard, Pressesprecherin MISEREOR; Telefon: 030-44351988, E-Mail: barbara.wiegard@misereor.de.

Die Initiative Lieferkettengesetz wird getragen von:

Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl), Brot für die Welt, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Christliche Initiative Romero e.V. (CIR), CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), Forum Fairer Handel e.V., Germanwatch e.V., Greenpeace e.V., INKOTA-netzwerk e.V., Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e. V., Oxfam Deutschland e.V., SÜDWIND e.V., ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V., Weltladen-Dachverband e.V., Werkstatt Ökonomie e.V.

100 weitere Organisationen, darunter die Betriebsseelsorge der Diözese Rottenburg-Stuttgart, unterstützen die Initiative.

Initiative Lieferkettengesetz
Stresemannstraße 72
10963 Berlin

E-Mail: presse@lieferkettengesetz.de
Tel.: 030-28883565
Mobil: 0151-10611346
www.lieferkettengesetz.de